

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

85 (29.3.1920) Erstes Blatt



Bestandteile:  
in 2. Aufl. frei ins Haus  
geliefert monatlich 4.80 M.  
an den Ausgabestellen ab-  
geholt monatlich 4.20 M.  
in 5. Aufl. durch unsere  
Agenturen bezogen 4.20 M.  
monatlich, am Posthalter  
abgeholt monatlich 4.40 M.  
vierteljährlich 13.20 M., durch  
den Briefträger frei ins  
Haus gebracht monatlich  
4.75 M., vierteljährlich 14.25 M.  
Verlag, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle  
Mitterstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

Suppliment:  
die 9. Aufl. Komparat-Messing  
oder deren Raum in 8. Aufl.  
Kleinstes 8. — M., an  
erster Stelle 3.50 M.  
Abgabe nach Tarif.  
Anzeigen-Annahme  
bis 12 Uhr mittags  
kleinere Anzeigen halbtags  
bis 4 Uhr nachmittags.  
Fernsprechkonkurrenz:  
Geschäftsstelle Nr. 203.  
Verlag Nr. 207.  
Schriftleitung Nr. 20 u. 948

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verantwortlich für Politik: Martin Dolsinger; für den wirtschaftlichen, badiſchen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Heutleten: Carl Hessemer und Hermann Weid; für Inserate: i. B. Heinz, Schriener  
Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Hofbuchhandlung m. B. S., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Koenigsplatz 65/66. Teleph.-Amt Umland 2902. Für unverlangte Manuskripte  
oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 85.

Montag, den 29. März 1920

Erstes Blatt.

## Deutsche und Magyaren.

Von  
Rechtsanwalt Dr. Grünwald in Budapest.  
Vorstand der Deutschen Bauern- und Bürger-  
partei Ungarns.

In der „Sunday Times“ schrieb neulich W. Ashmead-Bartlett über Ungarn: „Die von Natur gegebene vollständige geographische und wirtschaftliche Einheit dieses Landes ist vernichtet worden, weil große Strecken seines reichsten Bodens bereits den Rumänen, den Jugoslawen und den Tschechen überantwortet worden sind. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß die Magyaren die kräftigste und lebensfähigste Rasse in Osteuropa darstellen; sie sind ausgesessene Soldaten und beinahe noch hervorragendere politische Intriganten. Niemand werden sie sich mit einer Ordnung der Dinge zufrieden geben, die sie eines Teiles ihres geliebten Vaterlandes beraubt. Sie, welche in ihrem eigenen Lande immer die unbeschränkten Herren waren, werden sich kaum die Beherrschung durch ihre schwächeren Nachbarn auf die Dauer gefallen lassen, und man kann auch dies nicht erwarten.“

Die Forderungen, die der Engländer aus den obigen Beobachtungen ableitet, sind ganz interessant. Er meint, daß derjenige Staat, der Ungarn in seiner jetzigen Not zu Hilfe eilt, fünfzig Jahre nicht nur den Handel und die Finanzen des Landes kontrollieren, sondern auch in der Lage sein wird, dessen politische Haltung den anderen europäischen Mächtegruppen gegenüber zu bestimmen. Er wirft die Frage auf: „Werden wir (die Engländer) diese einseitige Gelegenheit dazu benutzen, Ungarn zu einer britischen oder Entente-Einflussphäre zu machen oder werden wir zusehen, wie Deutschland durch unbeschränkte Expansion nach dem Osten hin das wieder weit macht, was es in Westeuropa verloren hat?“

Seider gibt es Kontrurrenten im eigenen Entente-lager! Den Tschechen, Rumänen und Serben würde nichts unermüdet sein als ein englischer Prinz auf dem ungarischen Thron: eine aktive Bedrohung ihrer Siegesbeute. Daß die Italiener und Franzosen ein englisches Volkwerk in Osteuropa, hart an der Grenze Mitteleuropas, ebenfalls nicht gerne sehen würden, kann mit Sicherheit angenommen werden. Und so wird für Ungarn einfach nichts anderes übrig bleiben, als die politische Koalition mit dem Deutschen Reich zu suchen.

Das wird jetzt, nachdem Ungarn der Besetzung des qualitativen Verhältnisses frei und seiner vollständigen Unabhängigkeit sicher ist, viel widersprüchlicher vor sich gehen denn früher. Die immer nur in der Einbildung vorhanden gewesene Germanisierungsfähigkeit ist vollständig ausgeschaltet. Die staatsrechtlichen Streitigkeiten mit Österreich sind vorüber und können nicht von neuem Deutschengab aufschwelen. Und es ist bloß eine Frage der Zeit, daß noch ein anderer Stoff des guten Einvernehmens zwischen dem Deutschen und Magyaren zum alten Wunder geworden werde. Ich meine die Magyarisierung der deutschsprachigen Intelligenz Ungarns. Denn die Renegaten und nicht die Massenmagyaren sind die hauptsächlichsten Träger des unzulässigen Chauvinismus geworden. Um ihre Assimilation an das Magyarentum möglichst anschaulich und deutlich zu machen, sind sie blinderwütige Gegner ihres eigenen Blutes und ihrer Mutter Sprache geworden. Das ist ein völkerverderblicher Vorgang, der bei allen Renegaten vorkommt. Nun sind sich jedoch weite Kreise des ungarländischen Deutschtums ihres Volkstums bewußt geworden. Abtrünnige wird es nicht mehr so viele geben. Das Magyarentum aber hat das größte Interesse daran, innerhalb Rumänien, wo es immer noch mehr als eine halbe Million Deutsche geben wird, eine möglichst freisinnige, die weitestgehenden autonomen Rechte gewährenden Nationalitätenpolitik zu inaugurierten, weil Westungarn lediglich so eine Anziehungskraft auf die Slowaken und die siebenbürgischen Rumänen ausüben wird. Mit ihm wird es zwischen Deutschen und Magyaren selbst innerhalb der ungarischen Grenzen kaum Reibungsflächen geben. Die unbedingte Achtung des gegenseitigen völkischen Bestandes wird jeden schmerzhaften Interessengegensatz aus der Welt schaffen. In Ungarn wird es keine Arme mehr mit deutscher Kommandosprache geben, aber das Magyarentum wird gegen die freie Entwicklung des ungarländischen Deutschtums keine Mißbehagen empfinden.

Es ist nicht wahr, was W. Ashmead-Bartlett behauptet, daß sich der Haß der Magyaren nicht gegen die Entente, sondern gegen ihre früheren Verbündeten, die Deutschen, richtet, die sie gern für die unglückliche Puppe, in der sie sich jetzt befinden, verantwortlich machen würden. Man braucht nicht alles für bare Münze zu nehmen, was in Budapest einem ausländischen Journalisten gesagt wird. In Wirklichkeit haben die Deutschen niemals so viel Respekt in Ungarn gewonnen wie

nach dem heldenhaft verlorenen Weltkrieg. In Wirklichkeit stehen die Magyaren den Engländern, Franzosen, Amerikanern und Italienern vollständig fremd und gleichgültig gegenüber, ihr Haß gilt

## Zur Umbildung des Kabinetts.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns gebracht:

Wie wir hören, wird der wichtige Posten des Außenministers sehr bald von dem neuen Kanzler Müller an eine dafür besonders geeignete Persönlichkeit abgegeben werden. Mit Genehmigung kann festgestellt werden, daß die Lösung der Regierungskrisis, die sich bekanntlich an den recht gefährlichen Militärputsch Kapp-Lüttich schloß und mitten in der starken Erregung, die im Ruhrgebiet zu revolutionären Flammen aufschlug, gelungen ist, im Auslande einen für uns überaus günstigen Eindruck gemacht hat. Ein besserer Barometer als die parteipolitisch beeinflussten Pressestimmen etwa Frankreichs ist dafür die Entwidlung unserer Valuta, die für uns im Vergleich gerade mit Frankreich und Italien direkt überraschend günstig zu nennen ist; der italienische Lire steht jetzt in Zürich zum Beispiel nur noch auf 29 Centimes. Offenbar ist auch in diesem Falle die größere Distanz für die Urteilsbildung günstig und die Schnelligkeit, mit der die Gegenrevolution erledigt wurde, ist zusammen mit der Tatsache, daß ganz Süddeutschland und größere Teile des Reiches eine gesunde Ruhe bewahrt haben, eindrucksvoller gewesen als das wochenlange Durcheinander in Berlin und selbst als der bedeutliche Aufruf der radikalen Arbeiterchaft im Ruhrgebiet. Die Haltung des Auslandes, z. B. auch Hollands, das sehr energische Grenzmaßnahmen gegen das Ruhrgebiet getroffen hat, wird zweifellos zusammen mit dem neuen Ultimatum der Regierung an die Finanzposten zur Rückkehr der Besonnenheit im Ruhrgebiet beitragen. Die Stellung des Ultimatum war nicht angenehm, aber notwendig, und es darf daran die Hoffnung geknüpft werden, daß nach dem Erlöschen auch dieses Aufstandesherdes die sichtbare Kräftigung des demokratischen Gedankens in der überwiegenden Mehrheit der Nation tatsächlich in Erscheinung tritt und uns für die nächste Zeit eine Wiederkehr von Erschütterungen, wie sie Herr Kapp und seine Hintermänner uns gebracht haben, erspart bleibt. Das ist nicht allein ein politischer Wunsch, sondern die Vorbedingung für jede wirtschaftliche Gesundung.

## Berliner Blätterstimmen zur Kabinettsumbildung.

Berlin, 29. März. Die Berliner Morgenblätter äußern sich zur Regierungsumbildung. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet es auch als außerordentlich wichtig, daß Hermann Müller Reichskanzler geworden ist, denn ihm dankt man die Ueberzeugung im Auslande, daß am deutschen Volke kein Zweifel berechtigt sei. Das „Berliner Tageblatt“ fordert einen besonderen Minister des Innern und spricht von einem Uebergangskabinet auf der Basis der Koalition.

## Die Nationalversammlung.

Berlin, 29. März. Für die Nationalversammlung wird angekündigt, daß nach der Erklärung des neuen Reichskanzlers erst Sitzungen der Fraktionen stattfinden werden; in der Vollziehung wird dann die allgemeine Ansprache folgen, in der Weis (Soz.), Dr. Haas (Dem.), Volk (Str.) und Dr. Düringer (D.N.) sprechen werden.

## Dr. Haas über den Berliner Junkerstreik.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 29. März. Gestern veranstaltete in Berlin die Deutsche Demokratische Partei mehrere Versammlungen, in denen besonders eindrucksvoll die Rede des badiſchen Staatsrates und Mitgliedes der Nationalversammlung Dr. Ludwig Haas war. Er kritisierte zunächst die Zurückhaltung vieler Kreise des Bürgertums gegenüber der Republik. Gerade diese Gleichgültigkeit habe den Putschisten von rechts Mut gemacht. Dr. Haas forderte hierauf schärfste Verfolgung und Bestrafung von Kapp und Genossen und eine bessere Ueberwachung der Einwohnerwehren. Dem Kappverbrechen verdanken wir aber nun die Verbetung der Erkenntnis, daß Kaiser und Monarchie uns ins Unglück geführt haben und die Rettung jetzt nur noch von der Republik zu erwarten ist. Die deutsche Arbeiterchaft und das deutsche Bürgertum werden die Monarchie fortan als unerträglich empfinden. Ein weiterer Gewinn des Putsches sei der Beweis für das Ausland, daß die Reaktion bei uns keine Aussicht mehr habe, jedoch sei der reaktionäre Putsch zum Teil vom Auslande verschuldet worden; denn hätte die Entente das deutsche Volk nicht so schwer mißhandelt, dann wäre die Reaktion nicht so mächtig geworden. Durch den Putsch sei jerner der Beweis erbracht, daß der Versailles Vertrag nicht durch Gewalt zu brechen ist, sondern nur durch Verhandlungen und eine kluge

allein den Tschechen, Rumänen und Serben. Die Magyaren sind viel zu kluge Politiker, als daß sie nicht genau wüßten, daß sie sich nur weitlich orientieren können.

## Friedenspolitik abgeändert werden kann.

Treues Zusammenstehen und treue Arbeit an der Republik werde dem deutschen Volke wieder eine neue Zukunft schaffen können.

## Umbildung des preussischen Kabinetts.

Berlin, 29. März. (Wolff.) Die Verhandlungen der Mehrheitsparteien haben am Samstag nachmittag das Ergebnis gehabt, daß das preussische Staatsministerium wie folgt zusammengesetzt werden soll: Ministerpräsident und Landwirtschaft: Braun, Inneres: Severing, Unterricht: Hänisch, Finanzen: Lüdemann, Defensiv: Defer, Handel: Fischbeck, Volkswohlfahrt: Stegerwald, Justiz: Dr. Zehnthoff.

## Reichsregierung und der Aufruf im Ruhrgebiet.

Berlin, 29. März. (Wolff.) Forderungen der Reichsregierung an die Aufständischen im rheinisch-westfälischen Ruhrgebiet. Die Regierung hat durch die Viesfelder Verhandlungen versucht, ohne Anwendung von Gewalt Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die rote Armee hat sich nicht danach gerichtet. Die Angriffe auf Wesel sind mit größerer Heftigkeit fortgesetzt worden. Die Gefangenen werden nicht freigegeben. Die Abgabe der Waffen wird nicht durchgeführt. Die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlechtert. Zahlreiche Notkreise aus allen Teilen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von den roten Truppen begangen werden. Das zwingt die Regierung zum energischen Handeln, um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse in diesem Gebiete herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürakten zu schützen.

Um allen Verführten nochmals Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzukehren, will die Regierung eine letzte Frist gemäßen, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März, 12 Uhr mittags eine ausreichende Sicherheit für den Militärbefehlshaber des Westkreises VI, Generalleutnant Walter in Münster i. W. für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen:

Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität, Wiedereinsetzung der Staatsverwaltung und der Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch das Eintreten der Kapp-Lüttich-Regierung belastet sind; sofortige Auflösung der roten Armee; völlige Entwaflnung der gesamten Bevölkerung einschließlich der Einwohnerwehren unter Aufsicht der rechtmäßigen, staatlichen Organe. Die Art und Zeit der Durchführung der Entwaflnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt näher bestimmt werden; sofortige Freigabe der Gefangenen.

Sobald diese Bedingungen angenommen sind, wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen, andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt die Freiheit des Handelns zur Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände. Berlin, den 28. März 1920.

Der Reichskanzler Bauer, Reichswehrminister: Gessler.

## Die Forderungen der Unabhängigen.

Berlin, 29. März. Der Sonntag brachte dreizehn Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Nach einer Zusammenstellung der „Wolff. Zig.“ wünschen die Unabhängigen ein rein sozialistisches Kabinet unter Führung der Unabhängigen, fordern sofortige Zurückziehung der Truppen aus dem Rheingebiet unter Aufsicht von Vertretern der Regierung und der Unabhängigen, andernfalls werde die rote Armee weiterkämpfen, und wenn sie unterliege, würden die Bergwerke zerstört werden. Kuhnerk droht dazu den Generalstreik in Berlin an, auf den im Ernstfall gefaßt zu sein, auch Ledebour in seinen Reden dringend anrät. Crispian bezeichnet das geschlossene Eintreten der Gewerkschaften von den Demokraten bis zu den Kommunisten in den politischen Kampf als einen Wendepunkt in der Gewerkschaftsgeschichte.

## Die Einfuhr von Lebensmitteln und die Unruhen in Norddeutschland.

Köln, 28. März. (Wolff.) Besorgniserregende Meldungen gegenüber wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen der Reichsbehörden über die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande mit Getreide, Fleisch, Fett und Milch einen zufriedenstellenden Verlauf genommen haben. Allerdings muß bemerkt werden, daß durch die Unruhen in Westdeutschland die Verhandlungen über die über Holland einzuführenden Waren außerordentlich erschwert werden. Nicht nur der Bahnverkehr ist sehr unregelmäßig, sondern es muß auch berücksichtigt werden, daß Holland nicht willens ist, die Ausfuhr von Waren zu gestatten, wenn nicht sicher gestellt ist, daß diese prompt in den Besitz der Empfänger gelangen. Die Ankunft der gekauften Menge ist daher davon abhängig, daß so schnell wie möglich geordnete Verhältnisse in Norddeutschland herrschen. Gelingt es nicht, das deutsche Wirtschafts- und Verkehrsleben wieder in geregelte Bahnen zu bringen, so kann auch nicht damit gerechnet werden, daß das Ausland das Deutsche Reich in der Bemessung der Preise und in den Zahlungsbedingungen bei einem weiteren Einkauf von Lebensmitteln ein Entgegenkommen beweist.

## Amerika und der Friedensvertrag.

Von diplomatischer Seite wird uns geschrieben: Die Ablehnung der Ratifikation des Friedensvertrages durch Amerika hat einen eigenartigen weltpolitischen Zustand geschaffen. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika war der geistige Vater dieses Friedens, dem durch den Senat des eigenen Volkes die Anerkennung versagt wird. Jeder Mensch ist sich darüber klar, daß dieser Frieden, wie er zu Versailles von Clemenceau diktiert wurde, gerade nicht der Friede war, der Wilson vor Augen schwebte. Nachdem aber Wilson vor dem unklaren und zielverwirrten Clemenceau die Waffen gestreckt und gute Miene zum bösen Spiel gemacht hatte, muß er nun auch nachwärtig dieses verfallene Kind seines Geistes anerkennen und sich für die Durchführung des Friedensvertrages einsetzen, schon um den Anschein zu vermeiden, als ob er einen unfehlbaren Schritt gegen die Entente begünstige. Die Ablehnung der Ratifikation des Friedensvertrages durch den Senat ist aber noch für die internationale Politik durch den Antrag Knox weiterhin verschärft worden. Dieser Antrag fordert, daß der Friede zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika auf direktem Wege für wiederhergestellt erklärt werde. Wenn dieser Antrag angenommen wird, ist die Ratifikation des Friedensvertrages, ohne die die Wiederkehr der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten nicht möglich ist, überflüssig. Der Antrag Knox inhaltlich den gesamten Friedensvertrag aus. Die Annahme dieses Antrages wäre natürlich von sehr weitreichenden Folgen. Abgesehen davon, daß sie besonders in Frankreich das verhängnisvolle Aufsehen erregen würde, würde durch den Antrag Knox auch der gesamte politische und geschäftliche Verkehr zwischen Deutschland und Amerika auf die schnellste und bequemste Weise in Bahnen gelenkt werden, welche durch den Friedensvertrag nicht gerade vorgezeichnet sind. Es ist anzunehmen, daß Präsident Wilson dieser Regelung der Friedensfrage nicht freudig zustimmen würde.

Selbst nach Annahme des Antrages hat der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika die Möglichkeit, seine Genehmigung durch das veto zu verhindern. Allerdings ist auch diese Möglichkeit stark eingeschränkt, denn es besteht die Verfassungsvorschrift, daß auch das veto des Präsidenten durch die Parlamente der Vereinigten Staaten aufgehoben werden kann. Allerdings müssen dann sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus mindestens zwei Drittel Mehrheiten gegen das veto des Präsidenten stimmen. Falls diese Mehrheiten aufgebracht werden, würde der Antrag Knox trotz des vetos Wilsons Gesetz werden. Die weitere Entwicklung dieser Dinge ist besonders in Amerika nicht mit Sicherheit vorherzusagen.

## Kein Getreide aus Uruguay.

Montevideo, 28. März. (Havas.) Die Regierung wird in nächster Zeit die Getreideausfuhr versagen.

## Revolutionäre Verschwörung in Portugal.

Lissabon, 28. März. (Wolff.) Eine amtliche Mitteilung besagt, daß die Regierung von einer ausgedehnten revolutionären Verschwörung Kenntnis erhalten habe, die Aufhebungen vorbereite. Die Regierung sei jetzt zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung entschlossen. Die Streiklage ist unbedeutend, nur im Post- und Telegraphenverkehr haben zahlreiche Beamten und Angestellten insbesondere in der Provinz die Arbeit wieder aufgenommen. Es wurden strenge Maßnahmen gegen den wucherischen Anlauf und die Zurückhaltung von Lebensmitteln angeordnet. Mehrere Zeitungen sind beschlagnahmt worden. Die Regierung ordnete die Entlassung aller Arbeiter in den staatlichen Werkstätten an. In Porto wurde gegen das Haus der Zeitung „Noticias“ eine Bombe geschleudert, die großen Schaden anrichtete und mehrere Opfer forderte. Die Deputierten und Senatoren empfehlen in einer Resolution die Zusammenarbeit aller Parteien zur baldigen Lösung der Krise. Die Kammer ist zur Unterzeichnung des Friedensvertrages einberufen worden.

Lissabon, 28. März. (Wolff.) Durch eine Verordnung wurden alle Post-, Telegraphen- und Telefonbeamten entlassen, die die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben.

## Rumänien.

Bukarest, 28. März. (Wolff.) Die rumänische Kammer ist aufgelöst worden.

## Die Streikbewegung in Frankreich.

Paris, 28. März. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Roubaix ist dort, nachdem die streikenden Textilarbeiter sich mit den Arbeitgebern nicht einigen konnten, der Generalstreik erklärt worden. An der Bewegung werden 15000 Arbeiter teilnehmen.

Valenciennes, 28. März. Die Bergleute des Kohlenbeckens von Aincin haben aus Solidarität mit den Grubenarbeitern des Bas de Calais für den nächsten Donnerstag den Streik beschlossen.

Kolmar, 28. März. (Wolff.) Infolge der Verhandlungen, die gestern mit den Arbeitgebern und Arbeitern stattfanden, kann der Streik für die Textilindustrie, für öffentliche Dienste, für Gas und Elektrizität als beendet angesehen werden. Dagegen haben die Metall-, Bau- und Holzarbeiter ihre Zustimmung zur Wiederaufnahme der Arbeit noch nicht gegeben. Der Präsident des Streikkomitees, der gegen seine Beteiligung Stellung eingelegt hat, ist zu drei Jahren und einem Monat Gefängnis verurteilt worden.

## Ausperrung von 110 000 Arbeitern in Dänemark.

Kopenhagen, 28. März. Der dänische Arbeitgeberverband wird übermorgen die Ausperrung von 110 000 Arbeitern, die am 9. April in Kraft treten sollen, bekannt geben.

\*) Wir geben diese Zuschrift eines angesehenen deutsch-ungarischen Politikers gern wieder, wenn sie in dem einen und anderen Stück uns ein wenig zu optimistisch gefärbt erscheint. D. H.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.



Senator Petersen über den Putzsch.

Der Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, Senator Petersen sprach in einer öffentlichen Versammlung in der Philharmonie in Berlin über den Sturz der Militärdiktatur und führte dabei u. a. aus: Aus dem Zusammenbruch eines verlorenen Krieges heraus gibt es zwei Wege: den russischen Weg und den Weg, den Deutschland gegangen ist. Welchen Lebensweg von Gewalt und Unrecht das russische Volk noch durchzumachen haben wird, wissen wir nicht. Deutschland hatte die Möglichkeit des Aufstiegs im Wege der Gerechtigkeit. Das letzte Jahr hat schlagend bewiesen, daß die Demokratie ein haushaltender Gedanke ist. Mit welchen gemeinen Mitteln sind die Rechtsparteien gegen die Demokratie Sturm gelaufen? Nicht zu Leistungen „Rathen dem Weiser“, nein, zu Abwärt ist ihre Kampfweise zurückgekehrt. Der Stiel kommt einem hoch! Auf diesem Boden ist der Putzsch Rapp-Lüttwitz geboren worden. Nicht einen einzigen politischen Gedanken haben sie aufzuweisen, eine geradezu sepi-manerhafte Unkenntnis der Dinge. Ein vorparmiertes Unrecht wurde dem deutschen Volke zum Neuen gereicht, in dem alle Oppositions- und Verärgerungsgründe von rechts und links fein gesammelt aufmarschieren, bebodet von der schönen Flagge schwarzweißrot. Und darunter sitzt Verhegung und Unwahrheit. (Lebhafte Beifall.) Ist es wahr, daß die Nationalversammlung nicht berechtigt ist, weiter zu tagen? Sie soll die dringenden notwendigen Gesetze erledigen. Das Notwendigste ist, daß die Notpresse stillsteht. Dazu müssen erst die notwendigen Einnahmen beschafft sein. Auch der Fall Erberger mußte natürlich erhalten. Herr Helfferich, der uns in die Finanzkammer hineingebracht hat, hat jetzt nicht aus moralischen Gründen gehandelt. Warum erwachte denn seine Moral erst jetzt, da es sich darum handelte, die Regierung zu stützen? Das ganze Unternehmen Rapp-Lüttwitz bewies die Eigenschaften, die Unterdrückung im Kriege gezeigt hat: Eigene Überschätzung, Unterschätzung der anderen und Mangel an politischem Augenmaß. Wir als alte Offiziere tun es leid, daß diese Treulosigkeit, diese Meinwidrigkeit dem Offizierskorps zur Last fällt.

Die Demokratie ist die nationalste Staatsform, denn wahres Nationalgefühl ist bei denen, die wenig davon reden, aber nationales Pflichtgefühl im Herzen tragen. Freiheit, Ordnung und Tat sind beim Volke gut aufgehoben. Ich glaube nicht, daß die Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei hinter dem Unternehmen gestanden hat. Wenn sie wirklich nur eine verfassungsmäßige Entwicklung antreiben, so scheinen jedenfalls ihre Anträge in den Ausschüssen dieses Verordnungs nicht zu erfüllen. Wir hoffen, ihre Verfasser noch zu ermitteln. Es wird ihnen nicht gescheit. Parteien, die erst versprechen, Recht und Verfassung zu schützen und dann beim ersten ihnen benehmen Umsturz das Versprechen brechen, kann ich nicht als Parteien bezeichnen, bei denen das Wohl des deutschen Volkes für die nächste Zeit gut aufgehoben ist. (Beifall.)

Es war naturgemäß, daß die Gewalttat von rechts die Gewalttaten von links auslöste. Das mußten die Herren wissen. In mühseliger Weise wurde der Gewaltverstoß gebrochen durch den Widerstand nicht nur der Arbeiterklasse, sondern aller verfassungsgemäßen Teile des Volkes. Hinter Rapp und Gersoffen steht nicht die Mehrheit, sondern die Minderheit des deutschen Volkes. Wir können die kommenden Wahlen in Ruhe abwarten. Es muß ja nunmehr bald gewählt werden, damit die Regierung bei dem neuen Tatbestand sich auf den neu kundgetanen Volkswillen stützen kann. Unsere Rettung ist das Festhalten an Rechtsgedanken. Die Demokratie muß auch gegen links auf dem Standpunkt des gleichen Rechts bestehen bleiben. Die Macht des Stimmzettels, nicht die Handgarnatur ist es, die unser Volk retten kann. Wir hoffen auch auf günstige außenpolitische Wirkungen des Sieges über die Putzschisten! Man kann jetzt in der Welt nicht mehr behaupten, daß die Demokratie in Deutschland nur Maske sei. Wir wollen von dieser Stelle aus betonen, daß mit der Handgarnatur an diesen Explosiven der Versäuerer Friede trägt. Diese nationalistische Verblendung in unserer Jugend wäre nicht möglich gewesen, wenn der Verfasser Friede nicht wäre mit seiner mehrfachen Dummheit eines lächigen Volkes. Den Glauben an das deutsche Volk können uns solche Ereignisse nicht nehmen. In Stuttgart haben wir es gehört, wie man in Reich über die Berliner Vorgänge denkt. Die Rapp-Lüttwitz haben sehr Augenmaß dafür gehabt, wie es etwas auf die Lösungsbestrebungen in Rheinland und Bayern wirken kann. Aber durch Demokratie, Recht und Gerechtigkeit werden wir den Aufstieg in der Welt finden. Lang anhaltender, lebhafter Beifall.)

Die Lage in Wesel.

Münster i. W., 28. März. (Wolff.) Der Befehlshaber des Wehrkreises VI General der Infanterie Frhr. v. Watter hat sich gestern persönlich in Wesel von den Zuständen der bisher in schwerem Kampfe stehenden Truppen überzeugt. Die Division Kabisch hat gestern das Lager Friedrichsfeld geläutert. Auf der Gegenseite sind große Verluste zu verzeichnen. Erbeutet wurde eine schwere Feldhaubitze, eine Feldkanone, eine Revolverkanone, mehrere leichte Minenwerfer, zahlreiche Maschinengewehre, große Munitionsbestände und ein Lastkraftwagen. Das Einschreiten der Truppen südlich von Wesel wurde notwendig, um die Zivilbevölkerung der Stadt vor einer weiteren Beschädigung der bolschewistischen Artillerie zu schützen. Die gegnerische Artillerie wurde zum Teil genommen, zum Teil so weit zurückgedrängt, daß eine Beschädigung Wesels nicht mehr zu befürchten ist.

Kommunistischer Terror in Plauen.

Plauen i. V., 28. März. (Wolff.) Gestern hielt der kommunistische Propagandist Max Hötz aus Falkenstein unter gewaltigem Andrang eine Volksversammlung unter freiem Himmel vor dem Felsen-schlöschchen ab. Nachdem Hötz gesprochen hatte, zog er mit fünf Automobilen, die mit Maschinengewehren bewaffnet waren, zunächst zur „Neuen Vogtländischen Zeitung“. Die Inneneinrichtung wurde derart zerstört, daß das Erscheinen des Blattes für längere Zeit unmöglich ist. Viele Druckmaschinen wurden auf die Straße geworfen und dort verbrannt. Später verlangten Kommunisten von dem Kaffeehausbesitzer Trümel 100 000 M. Lösegeld und schleppten den Protestanten Rudolf Trümel als Geisel fort. Seine junge Frau schloß sich ihrem Gatten freiwillig an. Nachdem 100 000 M. abgeliefert waren, wurde das Ehepaar freigelassen.

Plauen i. V., 28. März. In der vergangenen Nacht drang, wie der „Vogtländische Anzeiger“ meldet, eine große Anzahl von Zivilpersonen in die Kaserne ein, überrompelte die Wachmannschaft, die sich nach Abzug der Reichswehrruppen bereit erklärte, bis zur Bildung einer Einwohnerwehr die Bewachung der Baracken zu übernehmen, und erbeutete einige Gewehre.

Der Wahlaufsatz des Zentrums.

Berlin, 29. März. (Wolff.) Die „Germania“ veröffentlicht einen Wahlaufsatz der Zentrums-partei mit folgenden Forderungen: 1. Grundständige Aufrechterhaltung der Weimarer Verfassung. 2. Eine Regierung, die Willen und Mittel besitzt, verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen. 3. Organisation einer Wehrmacht, die verfassungsgemäß ist. 4. Schärfste Abmahnung aller gewaltsamen Umsturzbestrebungen ohne Ansehen von Person und Partei. 5. Ablehnung und Bekämpfung jeder Klassenherrschaft. 6. Entschlossene Durchführung einer sozialen Demokratie unter Gleichberechtigung aller Stände.

Badischer Landtag.

Die Aufbringung des Gemeindeaufwandes. Um den Städten und Gemeinden weitere Einnahmequellen zu erschließen, hat der Landtag vor einigen Tagen einen Gesetzentwurf angenommen, wonach, wie in Ergänzung unserer bisherigen Mitteilungen nachgetragen sei, die Gemeinden berechtigt sind, wie in Badenorten Kurorten auch von den Personen, die sich in einer Gemeinde aufhalten, ohne dort einen Wohnsitz zu haben und deren Aufenthalt die Dauer von drei Monaten nicht übersteigt, Abgaben zur teilweisen Deckung der der Gemeinde für Unterbringung der Bevölkerung, deren Versorgung mit Lebensmitteln und Aufgaben ähnlicher Art entstehenden Kosten zu erheben. Ferner hat das Gesetz über die Gemeindeeinkommensteuer auch für das Jahr 1920 Gültigkeit, die Gemeindefinanzverhältnisse werden nach den durch die im Jahr 1918 beschlossenen Zuschläge erhöhten Einkommensteuern berechnet werden. Nach dem in eben erschienenen Bericht war der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung grundsätzlich mit dem Gesetzentwurf einverstanden, weil der stark ansteigende Geldbedarf, namentlich in den größeren Städten, es notwendig macht, nach neuen und fester fließenden Einnahmequellen aus Beiträgen, Gebühren

und Abgaben, die lange Zeit etwas vernachlässigt wurden, Umstau zu halten. In neuerer Zeit haben die Gemeinden für die Ernährung der Bevölkerung wie auch für deren Unterbringung in steigendem Maß Aufwendungen zu machen. In beiden Richtungen werden aber diese Lasten durch die ortsfremden Personen, die an dieser Fürsorge teilnehmen, zweifellos vergrößert. Es erschien daher dem Ausschuss richtig, den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, auch jene Ortsspende, die nach den Bestimmungen der Gemeinde- und Städteordnung zu den Gemeindefinanzmitteln nichts beitragen, wenigstens zur Deckung solcher Kosten beizutragen. Die in der badischen Verfassung vorgeschriebene Anhörung der Gemeinden ist erfolgt. Der Ausschuss war aber der Meinung, daß die staatlichen Aufsichtsbehörden zu prüfen hätten, ob die entsprechenden Gemeindebeschlüsse die Ortsspenden nicht über Gebühr zu den außerordentlichen Ausgaben heranziehen. Er hat deshalb in den Regierungsentwurf die Bestimmung eingefügt, daß der betreffende Gemeindebeschluss der Staatsgenehmigung bedarf, und einen neuen Absatz eingefügt, wonach auf gleiche Weise in Badenorten Kurorten erhoben werden können. Der Ausschuss war auch damit einverstanden, daß als Gesetz über die Erhebung von Zuschlägen zur staatlichen Einkommensteuer nur jenes vom 4. September 1918 in Betracht kommen kann, da die Anwendung der späteren Gesetze über solche Zuschläge ausdrücklich ausgeschlossen ist und eine Befreiung dieser Schranke nicht angebracht erschien.

Badische Politik.

Keine Reichswehrruppen in Mannheim. Man schreibt der Oberh. Korr.: Seit Samstag nachmittag wird in Karlsruhe und auch im badischen Oberland von den Unabhängigen und Kommunisten, natürlich in wohl berechneter Absicht, das Gerücht verbreitet, in Mannheim seien Truppen der Reichswehr einmarchiert, um in dem bekannten Konflikt in der Mannheimer Großbetrieblen zu ungunsten der Arbeiter einzugreifen. Es wurden deswegen sowohl am Samstag wie am Sonntag auf dem Karlsruher Marktplatz und vor dem Gebäude des Ministeriums des Innern, sogar vor den Privatwohnungen der Minister, Demonstrationen veranstaltet, um die Zurückziehung der angeblich in Mannheim einmarchierenden Reichswehrruppen zu erreichen.

Hierzu sei bemerkt, daß dem in Umlauf gesetzten Gerücht jede sachliche Unterlage fehlt. Es sind keine Reichswehrruppen in Mannheim einmarchiert und es ist keinerlei Befehl an die Truppen ergangen. Alle gegenteiligen Meldungen und Gerüchte widerprechen der Wahrheit. Wenn dann weiter von unabhängiger und kommunistischer Seite die Notwendigkeit von öffentlichen Demonstrationen mit der Erklärung der Mannheimer Großindustriellen, daß nach der Beendigung des Streiks die sogenannten Nabelschneider nicht wieder eingestellt und die Streittage nicht bezahlt würden, begründet wird, so ist hier der Hinweis geboten, daß die Regelung dieser Betriebsdifferenzen eine Angelegenheit des Verbandes der Mannheimer Metallindustriellen und des deutschen Metallarbeiterverbandes ist. Die Regierung hat mit ihnen nichts zu tun; sie darf sich nicht ohne Not in die internen Angelegenheiten eines Berufes einmischen. Zudem haben nach unserer Kenntnis am Samstag entsprechende Verhandlungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen begonnen. Sie werden am heutigen Montag fortgesetzt und führen wahrscheinlich zu einer Einigung, so daß, wenn sie Erfolg haben, am morgigen Dienstag in den Mannheimer Großbetrieblen, die an dem Konflikt wegen der Einbeziehung logen, revolutionärer Betriebsräte beteiligt sind, die Arbeit wieder aufgenommen wird.

Im Hinblick auf diese Sachlage ist die Veranstaltung von Demonstrationen nur geeignet, die bestehenden Gegensätze zu verschärfen und unter an sich schwer bedrohtes Wirtschaftsleben noch weiter zu schädigen. Man sollte erwarten dürfen, daß diese Einigkeit sich auch bei der Arbeiterklasse immer mehr Bahn bricht. Reichswehr und reaktionäre Offiziere. Amtlich wird mitgeteilt: Verschiedene Mütter bringen die Nachricht, daß bei dem Heidelberger Bataillon der Reichswehr

reaktionäre Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften von der Truppe aus ihrer Reihe entfernt worden sind. Dies entspricht nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Ein Offizier, der sich zur Regierung loyal verhalten hatte, wurde von der vorgelegten Dienstbehörde des Dienstes entbunden. Ein gerichtliches Verfahren ist eingeleitet zur Klärung des Sachverhalts und insbesondere des Verhaltens von 8 Offizieren, die einer zweifelhaften Stellung gegenüber der alten Regierung verdächtig sind. Der Kommandeur des Bataillons hat lediglich aus dienstlichen, nicht aber aus politischen Gründen den Befehl niedergelegt.

Die Heidelberger Kreisversammlung.

(Eigener Bericht) er. Heidelberg, 28. März. Die Kreisversammlung des Kreises Heidelberg hielt gestern eine außerordentliche Tagung ab. Der Hauptgrund zur Einberufung dieser Sitzung lag, wie der Kreisvorsitzmann Geheimerat Jolly bei ihrer Eröffnung bemerkte, darin, daß die Unklarheit in der endgültigen Ordnung der Steuerverhältnisse den Abschluß des Voranschlags noch nicht ermöglicht, aber zur Fortführung der Geschäfte die Bereitstellung der erforderlichen Mittel notwendig ist. Die vom Kreisvorsitzmann vorgeschlagene Deckung des fehlbetragts der Kreispflegschafts-Einkünfte und die beantragte allgemeine Erhöhung der Vermögenssätze der Anstalt wurden nach einem Bericht von Bürgermeister Wieland (Dem.) einstimmig genehmigt. Ebenso erfolgte einstimmig die nachträgliche Genehmigung der den Straßen- und Wegwarten im November v. J. ausbezahlten einmaligen Leistungszulagen in Höhe von 57717 M. und deren Verrechnung auf die Ausgaben für 1920. Über den mit Wirkung vom 1. Januar d. J. zwischen dem Kreise Heidelberg und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Gau Mannheim, für die Straßen- und Wegwarten des Kreises Heidelberg abgeschlossenen Tarifvertrag berichtete Landgerichtsrat Dr. Engelhard (Dem.), der auch die Zustimmung der demokratischen Kreisversammlungs-fraktion zu dem Vertrag erklärte. Die von der Zentrumspartei gestellten, von Kreisag. Zimmer begründeten Änderungsanträge zu diesem Tarifvertrag wurden mit Rücksicht auf dessen vertraglichen Charakter und in Hinblick auf die Billigung, die er bei den beteiligten Wählern gefunden hat, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt und der Tarifvertrag bei Zustimmung der Fraktion des Zentrums genehmigt. Gewisse Mängel des Tarifvertrags, besonders in der Tarifklasseneinteilung, wie sie auch von Kreisag. Bürgermeister Birzh (Dem.) für den Ewinger Bezirk hervorgehoben wurden, werden bei künftigen Verhandlungen zu beheben sein. Der jährliche Aufwand nach dem Tarifvertrag beträgt für Kreispflegschaftswärter 84724 M. und für Kreiswegwärter 294250 M., insgesamt also 379244 M. Einmütig wurde ferner der Beschluß gefaßt, daß die Gemeinden auf ihre Beiträge zur Unterhaltung der Kreisstraßen und Kreiswege Abschlagszahlungen in Höhe ihrer vorjährigen Beiträge schon jetzt zu leisten haben. Einer neuen Gebührenordnung für die Kreisverwaltung wurde nach Beratung durch den Kreisvorsitzmann Jolly und den Kreisag. Dr. Walz (Dem.) einstimmig zugestimmt; es wurde dabei auf Vorschlag des Kreisag. Dr. Neuwirth (Dem.) beschlossen, daß, wie es in den übrigen Kreisen bereits der Fall ist, die Kreisrenten für das Straßen- u. für das Armenwesen für ihre Tätigkeit eine jährliche Vergütung in Höhe von 1500 M. erziehen außerdem als stellvertretender Vorsitzender des Kreisvorsitzmannes eine weitere Vergütung von 1000 M. erhalten sollen. Die letzte Vorlage betraf die Erhebung einer Vorauszahlung. Nach dem Entwurf des Voranschlags für 1920 werden sich die Kreisrenten auf rund 922000 M., die Ausgaben auf rund 1073000 M. belaufen; der ungedeckte Aufwand wird also 151000 M. betragen, das ist gerade das Doppelte des Vorjahres. Es wurde einstimmig der Umlagevorschlag auf 98 P. (1919: 84 P.) für je 1000 M. der Kreisrentenorte von 1919 festgesetzt und der Kreisvorsitzmann zur Erhebung des Umlagebeitrages für das erste Halbjahr 1920 ermächtigt. Zu dieser Vorlage war von der sozialdemokratischen Kreisversammlungsfraktion der Antrag gestellt worden, zum Zwecke der Vorarbeiten zur Errichtung eines Kreiswohlfahrtsamtes den Betrag von 10000 M. in den Kreisrentenort einzustellen. Der Antrag wurde von Stadtrat Kilger begründet. Namens der Demokraten erklärte Abg. Dr. Jeser das Einverständnis zu dem Antrag mit der Abänderung, daß zu dem genannten Zwecke ein angemessener Betrag in den Voranschlag einzustellen sei. In dieser Fassung wurde der Antrag bei der Abstimmung einstimmig angenommen.

Badisches Landestheater.

Zum erstenmal: Armut.

Ein Trauerspiel von Anton Wildgans. Zur Einführung des auf der hiesigen Landesbühne zum erstenmal auf Wort kommenden deutsch-österreichischen Dichters Anton Wildgans hat die hiesige Ortsgruppe des Theater-Verbandes, die unter dem Vorsitz des Redakteurs Walter Günther eine rührige Tätigkeit entfaltet, aber noch der Unterstützung weiterer Kreise bedarf — man sieht fast stets dieselben von Hans aus schon interessierter Leute mit den üblichen „Kunst- und Theater-wanzen“ — am gestrigen Aufführungstag eine Morgenfeier veranstaltet. Der in Mannheim ansässige Schriftsteller Alfred Wader gab ein einfaches und klares Bild von dem Wesen seines Landsmannes. Persönliche Begleitung trat damit von selbst hinzu und gab dem Vortrag Wärme und Ueberrückungskraft. „Die geheimnisvolle Gewalt“ des 1881 geborenen Dichters, sein Ethik und seine ihm eigen-tümliche Form, seine Brutalität und zugleich Sentimentalität, seine Stoffwahl, seine „reich-beseelte Menschlichkeit“ wurden in einer Würdigung der einzelnen Dramen vom Erstling „In Eingetragten Amen“ bis zum bislang jüngsten „Dies irae“ wirkungsvoll und eindringlich dargestellt. Dem heute zum Vericht stehenden Trauerspiel „Armut“ wurde besondere Aufmerksamkeit geschenkt, um so mehr, als Wader eine Frage stellte für die beste dramatische Dichtung Wildgans' hält. Die Kritik, die in ganz besonderer Stärke das Schaffen auch des Dramatikers Wildgans bestimmt, erfährt im zweiten Vortragsteil die ihr gemäße Charakterisierung. Nach den beifällig aufgenommenen Ausführungen gaben Fräulein Hedwig Holm sowie die Herren Paul Müller, Fritz Herz und Felix Baumbach glänzend vorzutragende Proben aus den „Sonetten an

Ed“, aus dem „Mittag“ und aus den beiden anderen Sammlungen, wobei besonders die von Müller registrierte erschütternde „Zwiesprache“ starken Eindruck machten.

Die Einstellung der „Tragödie der verschämten Armut“ in den Spielplan unseres Theaters ist in heutigen Tagen doppelt zu begründen. In doch der gebildet oder beschiedener: der heftig nach Bildung, d. h. innerer Auseinandersetzung ringende, dem Untergang nahe Mittelstand diejenige Bevölkerungsschicht, in der sich seit je zahllose Tragödien verschämter Armut abspielen und in Zukunft in tödlicher Steigerung abspielen werden. Heute steht wortwörtlich der Hunger vor der Tür — nein, er ist schon im Zimmer drin —, und die verschämte Armut ist bei dem Vordringen des unverschämten Betrugs- und Kriegereichtums im absterbenden Mittelstand die Regel geworden. Der Sprecher in der „Armut“ Wildgans', der Primaner Gottfried, schreit in Verurteilung auf und fleht vergebens um Erlösung aus dem Joch der Armut, aber bekümmert ohnmächtig, daß das gottlose Volk ja nicht auf ein Gebot hört! Hier steht latent neben der Tragödie des sozialen Mitleidens die Tragödie der Geistesfreiheit überhaupt, die Ausichtslosigkeit, die Verzweiflung des Helfenwollenden, die Ungleichheit des tiefsten Menschenfreundes, die verruchte Stumpfheit des im Materialismus verberbten Volkes. Soziale Revolution heutzutage, daß Gottes-barm! Daß Sozialismus Gemeinschaft ist, ver-gaßen die am schnellsten, die ihr Leben lang darum gekämpft haben. Bevor nicht der Dämon von Wilhelm Raabes „Hungerparade“ in dem nun zur Herrschaft gelangten Volk verpörrt wird, ist und bleibt die Revolution Lohnkampf und nur die natürliche Reaktion nach der Notwendigkeit.

Das Geschehen in der Tragödie „Armut“ braucht nicht erläutert zu werden. Es ist in der Thematik enthalten und Allzuvielen am eigenen Leib und an eigener Seele nach-fühlbar. Die Familie eines kleinen Beamten-quäl sich gemeinsam mit einem Einkommen,

das zum Sterben zu groß, zum Leben zu klein ist, dahin.

„Was doch nur ein Frischen von heutzutage. Immer nur arbeiten, rechnen und sparen und nach außen die Haltung bewahren. Daß es nicht heißt: die Bettelwelt.“ Als der Vater krank wird, treibt es die Familie zur Katastrophe. Die Tochter, die als Kontoristin den Lebensunterhalt bekräften hilft, will um den Preis ihrer Unschuld schließlich den Vater durch einen Kuratenschnitt retten. Der Tod hat mehr Verständnis für dies unge-heurliche Opfer und nimmt den Vater hinweg. Für die Ueberlebenden bleibt es jedoch dabei:

„Alles ist anders, wenn es uns Armen be-gnügt, Nabal der andern, an unsern Lippen, wird Bitternis.“

Man kann schon aus dieser dürftigen Angabe erkennen, daß von einer Tragödie im klassischen Sinn keine Rede ist. Es sind Zustandsbilder ohne merklige Entwicklung, höchstens ein Vor-wärtsschieben, ein Anstuf zu Verknöpfung, aber ein resignierendes Zurückweichen und fatalistisches Beharren. Der österreichische Dichter zeigt in der typischen Weichheit seines Stames keinen Weg, wie man das schwächliche Scheinleben überwinden soll. Vom Naturalis-tischen her, mit Gerhart Hauptmann als tiefstem Dichter sozialen Mitleids, kennen wir solche Tragödien mit dem Fragezeichen am Schluß und dem non possumus in zweifachem Sinn. Selbst das tragische Motiv, vor dessen Aus-wirkung Wildgans aber zurückgedrückt und vielmehr zur ethischen Erziehung verwendet, ist, wie in Stahls gestrigen Auffass im „Karlsruher Tag-blatt“ erwähnt wurde, in der Dichtung schon mehrfach angeklungen worden. Die Eigenart Wildgans' besteht in der festsamen, aber nicht unwirksamen Silbermischung, in der romanti-sche Pöster aufblitzen, mythische Schleiern sich senken, Besse und Nymphomen beklagen oder — fähnen. Schlußmäßig wäre das leicht zu be-bedeckern. Doch dieser Versuch einer tiefen-

den und in Wehen sich windenden Neumormung des heutigen Dramas ist tiefsten Reizes voll, zumal dieser Dichter edles, blutvolles Fühlen darin ergiebt. Die Reinheit wirklich dichterischer Sendung ist erwiesen, die Wucht der Wahrheit und die Schönheit der Sprache helfen dazu. So gelingt dem Dichter Wildgans, trotzdem er in der Literatur vorhandene Vor-stellungsweisen und Begriffskomplexe über-nimmt, eine ihm eigentümliche Stilform. Allerdings muß man Stabl auch darin in seiner erwähnten geistigen Würdigung unbedingt Recht geben, daß Wildgans keineswegs das Erbe der klassischen Dichter, sondern das bestet Volksdichtung vermehren wird.

Alles in der Stoffvertrautheit müßte den Zusä-zeren Erfolg der „Armut“ bei breiteren Schichten verbürgen. Wenn trotzdem die bei der un-gemein sorgfältigen und gewissenhaften Auffüh-rung zu erwartende sehr starke Wirkung ge-nerausgeblieben ist, so waren daran ärgerliche Unzulänglichkeiten schuld. Das opernbeidende Sonntagspublikum war in den ersten Akten kaum in Stimmung zu fangen, dazu kam ein störendes Auftreten von fast vernichtender Unbeherrschbarkeit, dazu kam als Verhängnis, daß man seit Jahren solcher Dramen vor der Inhaltsangabe der „Armut“ entvöhnt war. So wollte angedeutet — man kann nicht genau sagen, ob nicht auch Ergriffenheit an der Zu-rückhaltung teilhabe — der durchgehende Schwung des großen dichterischen Abends sich nicht einstellen. Felix Baumbach hatte die Regie inne. Er hatte eine klare und bewußt einseitige Entscheidung getroffen, indem er die transzendenten Elemente in der Tragödie an-gewandten eines gemäßigt naturalistischen Stiles zurücktreten ließ. So prägte er die Figur des Todes zum wirklichen Amtsvorstand und ließ als fluger Theaterpublikumskenner die musi-schen Stimmen aus der Höhe und aus der Tiefe weg. Mechanisch betrachtet waren die gewis in künstlerischer Forderung angebrachten Dämpfer aber dem ganzen Ablauf des Abends eben doch



Aus Baden.

Einfuhr von Vieh und Fleisch aus Amerika.

Mit Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 23. März ist das bisherige Verbot der Einfuhr von lebendem Rindvieh und frischem Rindfleisch aus Amerika aufgehoben worden.

Zur Vieh, das zum Zwecke der alsbaldigen Abflachtung auf dem Seeweg aus Amerika eingeführt wird, hat die Reichsregierung bereits mit Verordnung vom 24. Dezember 1919 Erleichterungen getroffen.

Tagung des Verbandes badischer Fürsorgerinnen.

Karlsruhe, 27. März. Vor wenigen Tagen fand hier die diesjährige Frühjahrs-tagung des Verbandes badischer Fürsorgerinnen statt.

rr. Mannheim, 26. März.

Bei einer Besprechung, die zwischen der Zeitung des städtischen Wohnungsamtes und den Vertretern der Presse stattfand, machte Stadtrat Seibold, der im vorigen Herbst Ortsbauamt Platz in der Zeitung abgab, bemerkenswerte Mitteilungen über die gegenwärtige Lage des Mannheimer Wohnungsamtes.

diese Regierung zu der beabsichtigten Stilllegung von 90% aller Ziegelwerke zur Einsparung von Brennstoffen schreitet. Die Baukostenzuschüsse, die nur ein Tropfen auf einen heißen Stein sind, haben die gehegten Erwartungen nicht erfüllt.

Mannheim, 28. März.

Eine der Mitglieder des Vereins Bad. Lehrerinnen, Elise Schmidt, ist vor wenigen Tagen hier zur letzten Ruhe bestattet worden.

Eberbach, 28. März.

Der Bad. Gau-Verband wird am 9. und 10. Juni hier seinen diesjährigen Verbandstag abhalten.

Breisach, 28. März.

Als die Ehefrau des Grenzwachters Saffitz den Dienstarbeiter ihres Mannes in die Hand nahm, entlud sich die Waffe und die Frau wurde auf der Stelle getötet.

Radolfzell, 28. März.

Weim Aufspringen auf einen fahrenden Zug geriet der Radolfzeller August Bayer von Radolfzell unter den Zug, wurde überfahren und lebensgefährlich verletzt.

Aus dem Stadtkreise.

Der Sonntag Palmsonntag verlor den Tag der Konfirmanden durch leuchtende Frühlingssonne. In die frühe Zeit, die uns jetzt wieder auferlegt ist, brachte dieser vorfröhliche Tag Blüten und uns die wärmenden Strahlen, die wir als Kinder einer besseren Zeit begrüßen konnten.

Sie ernahnt. Wie lange schon? Noch immer triumphiert der Egoismus über Opferwilligkeit und Verziehen. Und doch wird an Dürren der Geist geliegt haben.

Die Wünsche der ausstillkessweise Angestellten der Stadt wurden in einer Versammlung besprochen, die am Sonntag vormittag im „Colosseum“ stattfand. Nach einem erklärenden Vortrag des Herrn Dresch, der die Forderungen der Interessenten vertrat, wurde in die Aussprache eingetreten.

Christentum und Sozialismus.

Der öffentliche Vortrag von Stadtpfarrer Kreutzer aus Freiburg über den Namenstheismus wurde am 26. März im großen Saal des Mannheimer Hofes gehalten.

Verdachtsfälle.

Heute früh gegen 9 Uhr wurden durch die Schutzmannschaft zwei Gelegenheitsarbeiter von hier kontrolliert, wobei sich ergab, daß sie in der Nacht vom 27. ds. Mts. einen Einbruchdiebstahl verübt hatten.

Schule und Kirche.

Aus der evangelischen Landeskirche.

Gewählt und ernannt wurden Pfarrverwalter Paulus Klose in Dürmersheim zum Pfarrer daselbst, Pfarrverwalter Hermann Häfeler in Wanglingen zum Pfarrer daselbst, Pfarrverwalter Robert Drengenz in Wappach zum Pfarrer daselbst, Pfarrverwalter Karl Ebert in Dühren zum Pfarrer daselbst, Divisionspfarrer Theodor Schäfer in Freiburg zum Pfarrer in Haslach bei Freiburg, Delau Dr. Karl Hartmann in Schluchtern zum Pfarrer in Überlingen.

In den Dienst der Landeskirche wurden aufgenommen die eifässigen Geistlichen Robert Horning, zuletzt Divisionspfarrer in Raffalt, und Gustav Kock, früher Pfarrer in Hünningen i. L., s. Jt. mit der Verwaltung der Pfarrei Furtwangen betraut.

Zur Ruhe geleitet wurde auf 1. April an Ansuchen wegen vorgerückten Alters und Anerkennung seiner langjährigen treuefleissigen Dienste Kirchenrat Karl Ahles in Hügelsheim.

Gestorben ist am 27. Januar d. J. Ludwig Lefter, Pfarrer a. D. von St. Georgen.

Letzte Nachrichten.

Zur Sanierung des Geldmarktes.

(Eigener Drahtbericht.) b. Bern, 20. März. Mit großer Aufmerksamkeit wird hier das Verhalten Frankreichs gegen Deutschland beobachtet, da alles davon abhängt, ob die gemäßigte englisch-italienische oder die noch immer radikale französische Auffassung die Oberhand gewinnt.

Sachsen und die Siedlungspolitik.

(Von unserem Dresdener Korrespond.) Dresden, 27. März. Die sächsische Regierung will sich beim Reich nachdrücklich dafür verwenden, daß die Siedlungspolitik nicht durch eine kurzfristige Verteuerung des Vorortverkehrs unmöglich gemacht wird.

Verhaftung ausländischer Schieber in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.) b. Berlin, 29. März. In Berlin wurde am Samstag eine größere Anzahl ausländischer Schieber verhaftet und in das Kriegsgefangenenlager in Joffen abgeführt.

Vom Wetter.

Weiterbericht der Bad. Landeswetterwarte vom 29. März früh:

Bei hohem Druck über Ost- und tiefem über West-Europa herrscht gestern bei südöstlichen Winden heiteres und sehr warmes Wetter. Die Nachmittagsstemperaturen liegen in der Rheinebene vielfach über 20 Grad an.

Auskunftei Bürgel. 300 Geschäftsjahre. Garantiedepot Mark 300.000. Einzel- u. Abonnementsauskünfte für jedermann. Wendtstraße 3, III. Teleph. 455.

Der Bericht d. Pädagogiums Neuenheim-Heidelberg (Dr. Volz) mit Familienheim enthält u. a. für 1919: 25 Einjähr., 8 Primaner (7, 8, 9. Klasse, 7 Abiturienten (Absolutor) an Ober-Realschule, Gymnasium, Real-Gymnasium.

zu stark. Selbst in den vorderen Reihen waren nur mühsam die Worte zu verstehen. Paul Müller als die Handlung treibende Figur war zur Hälfte einfach nicht verständlich. Schade, denn daß er gefühlsmäßig und intellektuell die Rolle durchaus beherrschte, war in Einzelheiten zu erkennen und das bewies auch der Vortrag der „Zwiepschne“ am Vormittag.

Theater und Musik.

Passionsmusik. Am vorletzten Sonntag hatte der unter der selbstbewußten musikalischen Leitung Max Liebdes stehende Verein für evangelische Kirchenmusik in der ev. Stadtkirche eine Aufführung von Passionsmusik veranstaltet, die von den bedeutendsten Musikern des Chores erneut Zeugnis ablegte und auch durch erlesene Darbietungen namhafter Solisten sich auszeichnete.

Am gestrigen Sonntag erlebte man nun in der Festhalle eine außerordentlich stimmungsvolle, eindrucksvolle

Wiedergabe der „Matthäus-Passion“ durch den Bachverein. Operndirektor Friz Cortoleis hat schon mehrfach bewiesen, daß er ein ausgescheidener Vermittler der Bachschen Tonprache ist, und auch das Nebenwerk, das gelten seine ewig junge Schönheit und hinreichende Kraft erweist, schuf er zu einem gewaltigen, nachhaltigen Erlebnis.

Von den Solisten muß in erster Linie Karl Seidel genannt werden, der den Evangelisten meisterhaft sang. Welche Jubelrufe, welche Tiefe der Empfindung ergab sich aus dieser so überaus anschaulichen, plastischen Erzählung der Passionsgeschichte! Endlich stimmte hat jene Bewusstheit, die den Mann geschwungenen Linien der Partie mühelos zu folgen vermag.

Alfred Hoehns Klavier-Abende.

Nach dem dritten Konzert Hoehns am Freitag abend läßt sich ein überaus reichhaltiges Bild gewinnen von der künstlerischen und speziell pianistischen Erziehung dieses Vollblutmusikers. Das Bild eines Pianisten aus den ersten Reihen der Lebenden. Das kann man unter allen Umständen und mit bestem Gewissen behaupten.

mit, daß dieser Mann mit den intelligenten feinen Zügen in seinem ganzen Auftreten sehr diszipliniert erscheint, wie trotz zusammengehaltenen von einem starken Willen in jedem Nerv. Und ein Erlebnis ist es, wie ohne Zäsur und Pause dieser Wille hineinragt in die künstlerische Arbeit an der Klaviatur, sich ausprägt in jedem kleinsten Nötchen, ob stark gemeißelt, ob hauchzart geigen. Dieser Ausblick mit seiner vorreifeften Präzision und Akkuratheit fällt zu allererst ins Ohr; man hört die Ausstrahlung des Gestaltwillens in zum Teil ganz neuen fürs Klavier fast zu differenziert erregenden Klanggruppierungen—die indessen bewältigt werden; Hoehns macht. Dieser Wille weiß seine unendliche Arbeit dabei in den schwierigsten Augenblicken absolut zu fokussieren, sie erscheinen als Selbstverständlichkeiten; und in den einfachsten, scheinbar (!) einfachsten Partien, etwa in den kleinen Stücken von Bach (Menuett), Mozarts Fantasia, da empfindet man dann, welche Hebung dazu gehörte, die Leistung zu bewerkstelligen, die uns hinrückt. Und man muß die sachebafte, schon im ersten Bericht gekennzeichnete Art hinzunehmen, wie der Meister seine Schwellungen vorberettet und durchführt, die Schattierungen mit unnahelbarer Kontinuität ineinander übergehend läßt im Crescendo und Decrescendo in atemberaubendem Zurückgehen der Kraft sein delikates Morendo in unmerklichen Uebergängen von höchst geistigsten Portegiospielen aus erreicht.

Es wäre noch gar viel von diesem zunächst Technischen und doch nicht ausschließlich Technischen zu sagen, das dem Virtuosen in Hoehns zugrunde liegt, aber s. B. die Wiedergabe der Sündel-Variationen von Brahms gab Zeugnis von der geistig gestalterischen Gewalt, zu der alles Mechanische nur als ihr obligates Beiwerk und ihre unerläßliche Bedingung gestellt ist; mit anderen Worten: Hoehns bleibt nicht Virtuose, so sehr ihn das reizen könnte. Manche in alzu rapidem Tempo bis zum Verfallenen hingeworfene Figuren, die bei aller Hochachtung, die im Vorauslagen sich anspricht, doch gelegentlich als Pianolohake erinnern oder an den elektrischen Strom, der in den Kinns seine Luftwunder vollführt, manche

solcher elektrifizierter Passagen zwar fast meines Erachtens für die strenge Klassik unzulässig. Das ergab sich aus Einzelstücken im Beethoven-Abend, der innerlich ansonsten den reichsten Gewinn brachte. In ihm nämlich merkte man, daß Beethoven durchaus, ebenso wie etwa Chopin, einer Individualität sich fügt, wenn sie Persönlichkeit ist. Die Auffassung einer Persönlichkeit durchdringt das Werk mit neuem eigenartigem eigenlichtvoll strahlendem Leben. Man fühlte wohl, Chopin liegt diese Eigenpersönlichkeit Hoehns am Nächsten. Ob Beethoven manche der bei ihm angewandten namentlich rhythmischen Akzentuierungen unmittelbar benötigt, bleibe dahingestellt. In ihrer ganzen reichsten Lebenskraft und Lebensgenießbarkeit, von der der Nachschöpfer ja eine Abnahme zu verzeihen hat, mußten jedenfalls die Sonaten „Les Adieux“ und die „Walstein“, durchatmet und durchflutet von dem Feuer und dem süßen Amber und dem formalen und melodischen Schmuck Beethovens, den Hoehns mit prachtvoller Gegenwärtigkeit uns bewußt und greifbar machte.

Es ist nicht zu zweifeln, daß sich dieser ansagezeichnete Spieler und taffrohe geniale Musiker Hoehns mit diesem seinem ersten Auftreten hier im dreimal vollbesetzten Saal eine an ihn bedingungslos, und das mit Recht, glaubende Gemeinde erzwoonen hat, die ihm selbst noch folgen durfte auf die hier noch ungebetenen Platte der Moderne Debussis, Scotts (seiner höchst begabten echten Musternatur). Den frenetischen Dankesbeifall quittierten Zugaben, die nach Mahabbe der Sachlage stets noch Verehrern waren in der Erkenntnis, einem wahren Herrscher seines Reiches in Hoehns begegnet zu sein.

Kunst und Wissenschaft.

Die Deutsche Anthropologische Gesellschaft veranstaltet ihre seit 1914 erste Tagung vom 1. bis 4. August in Hildesheim. Den Vorsitz führen in diesem Jahre Prof. Dr. Kramer - Stuttgart, Prof. Dr. Volk - Schwerin, Prof. Dr. Vitzthum - Charlottenburg.



Wohnungs- und Siedlungswesen.

In der weiteren Folge der Vorträge gelegentlich des vom Arbeitsministerium veranstalteten Ausbildungskurses über Wohnungs- und Siedlungswesen sprach Ministerialrat Sürsener an Stelle des durch Krankheit verhinderten Gartendirektors Scherer, der über den Kleinbau und Kleinstadtentwicklung sprach, über die Siedlungs- und Städtebaufragen.

Es folgte der Vortrag von Reichsratsrat Puccini über die Wohnungsfrage in der Siedlungs- und Städtebaufrage. In dem er die Grundzüge der Wohnungsfrage an den Hausbau, zunächst den Einfamilienbau eines Hauses, behandelte.

Frau Dr. Baum sprach über Wohnungsplanung im Rahmen der Wohnungsaufsicht. Im Mittelpunkt des Interesses und der Notwendigkeiten steht zuerst die Wohnungsbeschaffung; aber die Erhaltung und Pflege der Wohnung ist von nicht geringerer Bedeutung.

Sinficht, gehalten von Architekt Curjel und Bezirksbauinspektor Wiesdorf. Sinficht: letzterer hatte im Auftrag des Arbeitsministeriums einen längeren Ausbildungskurs über Wohnungsbau in Adm bei Hannover mitgemacht.

Der Vortragende, Ministerialrat Sürsener, dankte den Vortragenden für die Übernahme der einzelnen Vorträge und hofft, daß die Einträge, die die Teilnehmer am Kurse aus diesen gewonnen haben, dazu dienen mögen, auch der Allgemeinheit Verständnis für die Fragen des Wohnungs- und Siedlungswezens zu vermitteln.

Karlsruher Stadtrat.

Sitzung vom 25. März. (Schluß.)

Erbauung eines fünften Hafenedens. Am 28. April 1919 hat der Bürgerausschuß die Mittel zur Ausführung des Projektes eines fünften Hafenedens und der Verbreiterung des Stichkanals mit im ganzen 7.299.000 Mk. bewilligt.

Die Wohnungspflege richtet ihre Aufmerksamkeit nicht nur auf die Schale, — das Haus —, sondern auf den Kern, — die Familie. Ihre Frage geht dahin, wie im Einzelfalle die Familien mit den ihnen angefallenen Wohnungen am besten fertig werden, und wie hierzu von dieser Beobachtung aus die Fäden zwischen Familie und Wohlfahrtspflege.

Zu kaufen gesucht. Herrenzimmer, gut erhalten, in moderner Ausgestaltung, für ein bis zwei Personen zu vermieten. Preis zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 9588 ins Tagblattbüro erbeten.

Hohe Preise für getragene Herren- und Damenkleider, Schuhe, Mäntel, Uniformen, Möbelstücke. Komme persönlich ins Haus.

Unterricht in Tapeten, reichhaltige Auswahl. H. Durand, Douglasstraße 26, Donaustadt, Tel. 2485.

Tanzlehrinstitut H. Vollrath, 23 Sofienstr. 23. Beginn neuer Kurse, sowie Einzelunterricht auch in modernen Tänzen.

Harmonische Ehe. Erhebt 34-jährig, Kaufmann, evang., großer Naturfreund, Behälter eines Exportgeschäftes in Süddeutschland.

Gebr. Möbel. all. Art, ganze Einrichtung, eins. Möbelstücke, Betten, Matratzen, Federbetten, Leuchter, usw. u. v. m. Preisliste gratis. Antr. u. v. m. Preisliste gratis. Antr. u. v. m. Preisliste gratis.

Bücherankauf. Einzelne Bücher und ganze Bibliotheken. Braunschweigische Buchhandlung. A. Trost, Karlsruhe, Kaiserstr. 68, Fernsprecher 1.07.

Bestfedern. Säbners, Enten-, Gänse-, Kiefern-, Tauben-, jedes Quantum. J. Wollmann, Säbnerstraße 28, Saager Schützenstr. 88.

Stücken unter Ausübung des Vorkaufrechts nach dem Sperregebot vom 15. April 1919. Derartige Erwerbungen sind im Interesse einer gesunden Entwicklung der Stadt notwendig und müssen schon zu einem Zeitpunkt vorgenommen werden, in dem die fraglichen Grundstücke noch landwirtschaftlich genutzt sind und ihr Preis noch so niedrig ist, daß der Stadt durch den Besitz möglichst keine oder doch nur sehr kleine Lasten erwachsen.

Eintrittsgeld der Militärpersonen für den Stadtpark. Die Bestimmung im § 1 der Vorschriften für die Benutzung des Stadtparks, nach der Militärpersonen vom Feldwebel abwärts beim Besuch des Stadtparks mit Tiergarten ein ermäßigtes Eintrittsgeld zu zahlen haben, wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Stellenbesetzung. Wegen Besetzung einer Hauptlehrerstelle an der Pflanzschule wird dem Unterrichtsministerium nach Antrag der Direktion und des Rates der Höheren Mädchenschulen Vorlage erstattet.

Dienstauszeichnungen. Dem Kassier Albert Göbel beim Stadt Krankenhaus wird in Anerkennung 25jähriger treuer Dienstzeit das Ehrenzeichen verliehen.

Der Dienerin der ambulanten Stadtklinik, Frau Karoline Metz Witwe, wird in Anerkennung 35jähriger treuer Dienstzeit ein Ehrenzeichen bewilligt.

Amliche Mitteilungen. Ernennungen, Verketzungen usw. Das Staatsministerium hat beschlossen, die nachstehenden Beamten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. in ihren Amtsstellen zu beauftragen: Erzieher, Hermann, Neallberger, am Taubstummenanstalt Weersburg.

Das Staatsministerium hat die nachstehenden Beamten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. in ihren Amtsstellen zu beauftragen: Erzieher, Hermann, Neallberger, am Taubstummenanstalt Weersburg.

Das Staatsministerium hat die nachstehenden Beamten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. in ihren Amtsstellen zu beauftragen: Erzieher, Hermann, Neallberger, am Taubstummenanstalt Weersburg.

Das Staatsministerium hat die nachstehenden Beamten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. in ihren Amtsstellen zu beauftragen: Erzieher, Hermann, Neallberger, am Taubstummenanstalt Weersburg.

Das Staatsministerium hat die nachstehenden Beamten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. in ihren Amtsstellen zu beauftragen: Erzieher, Hermann, Neallberger, am Taubstummenanstalt Weersburg.

Das Staatsministerium hat die nachstehenden Beamten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. in ihren Amtsstellen zu beauftragen: Erzieher, Hermann, Neallberger, am Taubstummenanstalt Weersburg.

Das Staatsministerium hat die nachstehenden Beamten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. in ihren Amtsstellen zu beauftragen: Erzieher, Hermann, Neallberger, am Taubstummenanstalt Weersburg.

Das Staatsministerium hat die nachstehenden Beamten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. in ihren Amtsstellen zu beauftragen: Erzieher, Hermann, Neallberger, am Taubstummenanstalt Weersburg.

Das Staatsministerium hat die nachstehenden Beamten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. in ihren Amtsstellen zu beauftragen: Erzieher, Hermann, Neallberger, am Taubstummenanstalt Weersburg.

Das Staatsministerium hat die nachstehenden Beamten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. in ihren Amtsstellen zu beauftragen: Erzieher, Hermann, Neallberger, am Taubstummenanstalt Weersburg.

Das Staatsministerium hat die nachstehenden Beamten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. in ihren Amtsstellen zu beauftragen: Erzieher, Hermann, Neallberger, am Taubstummenanstalt Weersburg.

Das Staatsministerium hat die nachstehenden Beamten mit Wirkung vom 1. Januar d. J. in ihren Amtsstellen zu beauftragen: Erzieher, Hermann, Neallberger, am Taubstummenanstalt Weersburg.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.

Das Staatsministerium hat die Verlesung des Notars Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen; dem mit einem Vermerk in der Amtsgerichtsbescheidene Dr. Joseph Semberger in Zofingen in den Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe seinen Ansuchen entgegen zu nehmen.